

MWGFD

So wenig Wissenschaft war nie!

Beim Vorstand des Vereins *Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD)* herrschte Enttäuschung und Verärgerung über Inhalt der Bundestagsdebatte und das zustimmende Abstimmungsergebnis zum Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und anderer Vorschriften (BDrs. 0/2573). Mehrere Änderungen im Laufe des Beratungsverfahrens, in den Verhandlungen zwischen den zuständigen Ministerien für Gesundheit und Justiz und die „last-minute“-Entscheidung über den Wegfall der Maskenpflicht im Flugverkehr demonstrierten die fehlende Ausgereiftheit und Plausibilität des Gesetzesvorhabens ebenso, wie die fehlende Harmonisierung mit den Regelungen der unmittelbaren europäischen Nachbarn und der restlichen Welt. Dennoch wurde zugestimmt, ohne über die wissenschaftliche Datenlage in Bezug auf (schwere) Nebenwirkungen, Hospitalisierungen, Verdachtstodesfälle und internationale Erkenntnisse nach der gentherapeutischen Injektion (C-„Impfung“) auch nur einmal zu reden.

Die Parlamentsdebatte war gekennzeichnet von geringer bis gänzlich fehlender Wissenschaftlichkeit, dafür, auf Seiten der Regierungsparteien, voller Selbstlob (bis hin zur Hybris) über den angeblich gelungene, niedrigschwelligen, verlässlichen, zumutbaren, zukunftsweisenden Ampel-Kompromiss: Kein Lockdown, keine Schließungen von Betrieben, Kindertagesstätten und Schulen, keine Maskenpflicht in den unteren Schulklassen und im Flugzeug (als ob das von vorneherein gewollt gewesen wäre).

Der Verzicht auf die zuvor geplante ärztliche Krankmeldung von Schülern war nur der Forderung der CSU zu danken, die Anpassung der Quarantäneregelung (§30 IfSG) bleibt ausgespart, wenigsten wurde die Anhebung der Zahl der Kinderkrankentage auf 30/60 verbessert. Eine Verbesserung der Datenlage wurde zwar hoch und heilig versprochen, ein „Pandemieradar“, zu dem auch ein präzises Monitoring der Bettenbelegung in den Krankenhäusern, alle PCR-Tests und des Abwassers gehören sollen, bleibt jedoch -nach 30 Monaten negativer Erfahrungen, gesetzlich immer noch im Unklaren.

Dafür hält die Bundesregierung die aktuelle Datenlage weiterhin geheim und will sie erst nach der Abstimmung im Bundestag vorlegen; die Zahl der Verdachtsfälle „Impftote“ werden schon seit Ende 2021 nicht mehr veröffentlicht, klagt der 2. Vorsitzende des MWGFD, Dr. Weigl. Im öffentlichen Nahverkehr (Bus, Nah- und Fernverkehrszügen) und im Pflege- und Gesundheitsbereich soll die FFP2-Masken-Pflicht dagegen aber weiterhin vorgeschrieben sein, sie wird sogar auf Arztpraxen ausgeweitet. Die Opposition konnte sich mit der Forderung nach weniger belastenden OP-Masken nicht durchsetzen. Auch die vehement vom Verein geforderte Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht in Gesundheitseinrichtungen blieb verwehrt. Der Vereinsvorstand bleibt bei seiner Forderung nach einem umfassenden Ausstiegskonzept nach europäischem Vorbild und wissenschaftlichen Vorgaben. „Dieses Gesetz wird Deutschland in Europa weiter isolieren und uns in naher Zukunft auf einen gesundheitspolitischen Flickenteppich schicken. Nach 30 Monate „Pandemie“ hätte die Bevölkerung mehr erwarten dürfen. So wird die Ampelregierung keine Akzeptanz erfahren“, sagte der Vereinsvorsitzende. Letzte und winzige Hoffnung wird wohl der Bundesrat sein.